

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/012

Chronik vom 25. Februar 1947 bis zum 29. April 1947

25.02.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>**Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte**

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß

sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II.

seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donaumonarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtet später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Es gibt ... in den heutigen deutschen Staaten noch viele Ex-Preußen – nicht nur Heimatvertriebene –, die manches für ihren einstigen Staat Charakteristische schmerzlich vermissen: In der Bundesrepublik die strenge preußische Ordnung und Redlichkeit, in der DDR die trockene preußische Liberalität und Gedankenfreiheit.

Wir ... (können) heute ... die Einzigartigkeit dieses untergegangenen Staates klarer erkennen, als es zu seinen Lebzeiten möglich war; und wir können seine Geschichte ... von den Legenden befreien, die sie entstellten:

Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.

Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...

Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<

27.02.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

CSR: Der tschechische Journalist Michal Mares kritisiert am 27. Februar 1947 das Verhalten der in Böhmisches Kamnitz stationierten SNB-Kommandos während der dortigen Austreibungsaktion am 5. Juli 1945. Die SNB hätte von sich aus die Austreibung der Deutschen befohlen, um die Habe und das Besitztum ungestört ausplündern zu können (x004/106).

28.02.1947

WBZ: Der "Weser-Kurier" berichtet am 28. Februar 1947 (x043/253): >>... Ukrainer des Lagers Münchingen, in der Nähe Stuttgarts, verwendeten zur Markierung ihres Fußballplatzes an Stelle von Sägemehl etwa 25 kg Vollmilchpulver, wie die "Stuttgarter Zeitung" meldet. - In Hamburg sind im letzten Monat 84 Kinder an Hunger gestorben.<<

Die "Börsenzeitung" berichtet am 28. Februar 1947 über die neuartigen Rowohlt-Rotations-Romane (x111/288): >>Aus der Not eine Tugend, aus der Verarmung Reichtum, aus dem Mangel neue Fülle zu gewinnen, das ist der Versuch, den die Rotations-Romane unternehmen. Die Bibliotheken sind zerstört, die wenigen neuen Bücher versickern im Lesermeer wie Wassertropfen im trockenen Sand; der Schrei der Jugend nach jenen Büchern, die man ihr so lange vorenthielt, und von denen man ihr jetzt nicht genug zu rühmen weiß, wird immer lauter.

Die Rotations-Romane geben diesem Ruf Gehör. Sie geben ihm Antwort durch eine völlig neue Form des Buches.

In der Zeit der Beschränkung kommt es nicht mehr auf das "Wie", sondern nur noch auf das "Was" an. Es kommt nicht darauf an, die Qualität eines Buches durch Halbledereinband zu legitimieren, oder, wie es allenthalben geschieht, durch einen billigen Pappband dem Leser eine Qualität vorzutauschen, die Pappe nicht besitzt, – und ihn dafür teuer bezahlen lassen.

Es ist im Augenblick nicht wichtig, Bücher für den Bibliotheksschrank herzustellen, sondern es ist wichtig, Bücher an den Leser zu bringen. – Der Hunger nach dem guten Buch ist auf dem traditionellen Wege nicht zu stillen.

Die unzureichenden Methoden in der Buchherstellung werden abgelöst durch den Rotationsdruck: das Buch wird verwandelt in ein Heft. Rororo bergen jeder einen vollständigen, ungekürzten Roman in einer Auflage von 100.000 Stück. Jedes einfache Heft kostet 50 Pfg.<<

01.03.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (9/1947) berichtet am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>**Stacheldrahtbörse - PG.s müssen noch bleiben**

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die

für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten PG.s ("prisoniers de guerre") müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten (sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle) und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".

Wie "New York Herald Tribune" mitteilt, ist der 1. Juli der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

04.03.1947

SBZ: 2 Berliner Studenten (CDU-Mitglieder) werden am 4. März 1947 wegen Waffenbesitz zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57): >>4. März 1947. Täglich geht im Lager ein großer Stapel Post ein - Anfragen nach vermißten Soldaten ... oder nach vermißten Angehörigen, die vielleicht Friedland passiert haben.

Auch über den Fernsprecher versuchen jeden Tag Hunderte von Menschen aus kleinen Dörfern und großen Städten etwas über den vermißten Vater oder den noch nicht heimgekehrten Bruder zu erfahren. Alle diese Anfragen sollen bearbeitet werden. Für das Personal eine schwierige, kurzfristig kaum lösbare Aufgabe.

Es ist jetzt angeordnet worden, daß jeder durch das Lager kommende Kriegsgefangene eingehend über das Schicksal seiner Kameraden befragt wird. Diese Auswertungen sollen an das Zentralforschungsbüro in Hamburg weitergegeben werden.

Bis heute gingen 68.812 Kriegsgefangene durch Friedland. Viele werden noch erwartet. Die Schätzungen darüber sind jedoch sehr unterschiedlich. Genaue Unterlagen über alle ehemaligen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft fehlen.<<

05.03.1947

Berlin: Der Berliner "Telegraf" berichtet am 5. März 1947 über eine Schwurgerichtsverhandlung gegen einen wegen Raubmordes angeklagten 43jährigen Arbeiter (x111/290): >>... "Ich hatte Hunger, da ist alles so gekommen", sagte der Angeklagte. Seit Tagen hatte er nichts als einige Scheiben trockenen Brotes zu essen.

NN hatte seine Lebensmittelkarten bei sich, er hatte auch noch Vesperbrot im Rucksack! Sie standen im Keller bei ihrer Arbeitsstelle, NN, mit Kohlenpacken beschäftigt, bückte sich, da erschlug ihn XN von hinten mit einer schnell ergriffenen Eisenstange.

Mit beiden blutbesudelten Händen riß er das Brot aus dem Rucksack und verschlang es. Dann nahm er dem Toten die Brieftasche ab, schleifte ihn in einen Nebenkeller, verschloß die Tür und warf die Schlüssel fort.

Im nächsten Restaurant verzehrte er, was er auf die Marken bekommen konnte, und hielt sich

auch am folgenden Tag nur in Eßlokalen auf. Schon am Abend erfolgte seine Verhaftung.<<

06.03.1947

SBZ: Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärt am 6. März 1947 während einer Kundgebung aller Parteien in Leipzig (x111/291): >>... Wir werden immer den Standpunkt vertreten, daß unser Volk weder die östliche noch die westliche Sprache mechanisch übernehmen kann.

Das deutsche Volk will und muß seine eigene Sprache sprechen. Aber es möchte eine Sprache sprechen, daß es zum ehrlichen Mittler werden kann zwischen Ost und West.<<

CSR: Der tschechische Journalist Michal Mares klagt am 6. März 1947 den Vorsitzenden des Nationalausschusses von Böhmisches Brod an, daß er die dortige Austreibung am 5. Juli 1945 angeordnet hätte, um den Besitz der Deutschen ungestört ausplündern zu können (x004/106).

09.03.1947

SBZ: Der SED-Politiker Otto Grotewohl erklärt am 9. März 1947 während einer KPD-Versammlung in Frankfurt (x039/230): >>Die SED billigt die Grenzziehung im Osten ebenso wenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde.<<

10.03.1947

WBZ: Die nordamerikanische Militärregierung erteilt den Flüchtlingen und Vertriebenen am 10. März 1947 die Erlaubnis, nichtpolitische Organisationen in der US-Besatzungszone zu bilden.

11.03.1947

WBZ: "Radio Stuttgart" kritisiert am 11. März 1947 die ungenügende Versorgung mit Büchern (x111/292-293): >>Die Papiernot zwingt zum Druck kleiner Auflagen von 5.000 Exemplaren. Wenn man in der amerikanischen Zone mit 1.500 Buchhandlungen rechnet, so bekäme jede drei Exemplare.

Daß diese drei Bücher vergriffen sind, ehe sie der Buchhändler auf den Ladentisch legen kann, ist verständlich, denn ein guter Buchhändler hat einen Stamm begeisterter, wissensdurstiger Kunden, die aus vielerlei glaubwürdigen Gründen sich für neue Bücher interessieren, und wenn er geschickt ist – und das sind die meisten – leitet er das Wenige an die richtige Stelle, um auf diese Art wenigstens Nutzen zu stiften.

Aber – und das wollen wir einmal mit allem Nachdruck sagen, und wir wissen, daß wir uns mit dem Großteil des Buchhandels einig sind: Es erscheinen viel zu wenige Bücher, wenn wir ein Werk von einigen hundert Seiten, geheftet oder gebunden, damit meinen, und nicht die Flut jener dünnen, nichtssagenden, aufgeplusterten Etwasse, die bestenfalls von ihren Erzeugern – einer neuen Art von Verlegern – als Verkaufsobjekte gedacht sind.

Es wird eine Unsumme von Papier verschleudert für schlecht gemachte Sprachführer und billige Heftchen, die mit pompösen Titeln für Ethos, Gottsuche, Dienst am Menschen, Erneuerungen auf allen Gebieten sich anspruchsvoll gebärden, indes wenig Wert haben.

Daneben verzeichnen wir eine Hochflut von Klassikerausgaben; siebenmal erschien Heines "Buch der Lieder"; Gottfried Kellers bescheidenste Säckelchen werden neu herausgebracht mit einem präntiösen Aufwand, als könne Deutschland nur an diesem genesen.

Wir wünschen gewiß keine Lenkung, weder vom Staate her, noch von der Kirche, noch von den Verlegern oder vom Buchhandel aus, wir schätzen das freie Spiel der Kräfte; und der Verleger Lust und Kühnheit, bewußt oder experimentierend, wünschen wir nicht eingeschränkt zu sehen.

Ist das aber Mut, geheftete Klassikerausgaben auf den Markt zu bringen, 16, 32, 48 Seiten stark, schlecht gedruckt, druckfehlerbehaftet, unordentlich broschiert, zu Preisen, für die man einmal Halblederbände bekam? ...<<

12.03.1947

USA: US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

Truman erklärt am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stamm-

te, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drôle de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

13.03.1947

SBZ: Wilhelm Pieck dementiert am 13. März 1947 angebliche Äußerungen des SED-Vorsitzenden Ackermann über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und betont, daß die SED nach wie vor jede Grenzverlegung ablehnt (x039/230).

Polen: Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 13. März 1947 eine Verordnung über das Verfahren für den Verkauf von ehemals deutschen beweglichen Sachen (x003/367-369): >>... § 1. Das bisher für die Liquidationsämter geltende Verbot, ehemals deutsche bewegliche Sachen, die nicht Möbel oder Hausratgegenstände sind, zu verkaufen, wird aufgehoben.

§ 2. Die Liquidationsämter nehmen unverzüglich den Verkauf aller ehemals deutschen beweglichen Sachen vor. ...

§ 5. Die Liquidationsämter verkaufen die ehemals deutschen beweglichen Sachen zu den von einem Sachverständigen festgesetzten Preisen des freien Marktes. ...

Falls der vom Sachverständigen festgesetzte Preis dem Direktor des Bezirks-Liquidationsamtes offensichtlich zu niedrig erscheint, ist der Direktor verpflichtet, eine nochmalige Abschätzung durch einen anderen Sachverständigen zu veranlassen, welchem er seine Zweifel an der Richtigkeit und Realität des zuerst festgesetzten Preises mitteilt. ...

§ 7. Jeder vom Liquidationsamt angefertigte Verkaufsvertrag muß eine genaue Aufzählung und Beschreibung der verkauften Gegenstände sowie deren Einzelpreise enthalten, wie sie vom Sachverständigen gemäß den Preisen des freien Marktes festgesetzt worden sind. ...

Die derart angefertigten Kaufverträge sind die einzige Grundlage, um dem Magazin den Auftrag zu erteilen, dem Erwerber die gekauften Gegenstände auszuhändigen. ...

§ 9. Falls der Erwerber beim Abschluß des Kaufvertrages den Wunsch äußert, das erworbene Gut in das alte Staatsgebiet auszuführen, muß der Kaufpreis um mindestens 30 % höher sein als der vom Sachverständigen nach den Preisen des örtlichen freien Marktes festgesetzte Preis. ...<<

15.03.1947

WBZ: Der Viersterne-General Lucius D. Clay (1897-1978, Berufsoffizier, stammt aus den "Süd-Staaten") übernimmt am 15. März 1947 den Oberbefehl über die US-Streitkräfte in Europa und wird gleichzeitig Militärgouverneur in Westdeutschland (Nachfolger des US-Generals Joseph McNarney).

17.03.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 17. März 1947 (x114/2.166): >>... Der Bürgermeister einer kleinen Taunus-Gemeinde in der Nähe von Wiesbaden hat durch den Gemeindediener öffentlich bekanntgeben lassen, daß er sich gezwungen sehen werde, das Wasser in der Gemeinde abzustellen, wenn weiterhin so viel Milch abgeliefert würde.

Die Bauern haben die drastische Warnung verstanden: Der Fettgehalt der Milch soll seitdem gestiegen sein.<<

18.03.1947

USA: Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist ist, veröffentlicht am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.

Der Hoover-Bericht fordert in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder

und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<

>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...

Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<

>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<

>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...

Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...

Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."

Der Bericht zerpfückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" (Level of German Economy Plan) vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".

Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument. Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach dem Level of German Economy Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!

Die Liste der "Verbotenen Industrien" ("um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen") war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!

"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<

20.03.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?

Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind ge-
weht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.

Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen
Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.

Fiel bei den Worten Molotows:

"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".

Setzt Halbmast über Deutschland!

O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 20. März 1947 über das Grenzdurchgangslager
Friedland (x123/57-58): >>20. März 1947. Vom Evangelischen Hilfswerk wurde eine Auf-
fangstelle für männliche Jugendliche im Lager eingerichtet. Das war notwendig, da diese jun-
gen Menschen, alle ohne Eltern, ohne Heimat, ohne festen Wohnsitz, langsam aber sicher zu
Verbrechern werden. Zu Asozialen - zu Opfern der Zeitverhältnisse. ...

Alle hatten Verbindungen zu Schwarzhändlern, lebten von der Hand in den Mund, schliefen
auf Bahnhöfen und in Obdachlosenasylen, scheuten jede Arbeit, ließen sich von der Polizei
einfangen - und kniffen irgendwann, irgendwo auch wieder aus. ...

Einige dieser Jungen, die nun in Friedland festgehalten werden, hatten bis zu 4 Ausweise bei
sich, die alle auf verschiedene Namen lauteten und in deutscher und englischer Sprache aus-
gestellt waren. Sie sitzen verstockt, manchmal scheu, meistens frech und anmaßend in der
Baracke, erzählen sich gegenseitig prahlerisch ihre Abenteuer, geben sich Tips, wie man die
Behörden und andere Stellen betrogen kann und sind sehr von sich überzeugt.

... Sie sind das Produkt unserer Gesellschaft, unserer sozialen Ordnung, vor allem aber der
politischen Vergangenheit, des totalen Zusammenbruchs eines Systems ...<<

UdSSR: Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichen die Siegermächte
am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen
(x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483
Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsge-
fangene.<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz unterbreitet der sowjetische Außenminister
Molotow am 20. März 1947 folgende Vorschläge (x111/295):

>>1) Sofortige Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für Industrie, Landwirtschaft,
Finanzen, Verkehr, Nachrichtenwesen und Außenhandel.

2) Baldige Erhöhung der Stahlerzeugung auf 10-12 Millionen t.

3) Unterstellung des Ruhrgebietes unter die vereinigte Kontrolle der vier Großmächte.

4) Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, um a) die Währungslage zu verbessern und
Währungsspekulationen zu verhindern; b) den deutschen Export zu steigern; c) die Kontrolle
über Kartelle und Trusts in Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Parteien auf den
Staat zu überführen.

5) Aufhebung des britisch-amerikanischen Zonenzusammenschlusses.

6) Reparationszahlungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar auf Grundlage der Weltpreise des Jah-
res 1938 an die Sowjetunion, die aus dieser Summe die Ansprüche Polens befriedigt.

7) Die Reparationen sollen in der Demontage industrieller Einrichtungen, Entnahmen aus der
laufenden Produktion und aus Auslandsguthaben bestehen.

8) Die deutschen Reparationsleistungen müssen innerhalb von 20 Jahren nach Unterzeichnung
des Potsdamer Abkommens erfüllt werden.

9) Von den vier Großmächten wird eine interalliierte Reparationskommission gebildet.

10) Die Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie zum Nutzen Deutschlands und anderer Länder soll keiner Beschränkung unterliegen.<<

21.03.1947

WBZ: Der ehemalige SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, leitete 1943 die Liquidierung des Warschauer Gettos, "Henker von Warschau") wird am 21. März 1947 durch ein US-Militärgericht in Dachau wegen Erschießung gefangener alliierter Piloten zum Tod verurteilt und anschließend an Polen ausgeliefert (x051/567).

Der deutsche Historiker Manfred Hellmann (1912-1992) schreibt am 21. März 1947 in der "Göttinger Universitäts-Zeitung" über Mitteldeutschland (x111/296): >>... Vergessen Sie nie, daß wir hier kein "Osten" sind, daß z.B. Thüringen vor noch nicht allzu langer Zeit das "grüne Herz Deutschlands" genannt wurde.<<

22.03.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (12/1947) berichtet am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>Millionen im Schatten

TASS: 890.532 Kriegsgefangene

Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.

Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.

Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militärregierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.

Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte.

Der größte Teil der Entlassungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft fällt in die Zeit von Kriegsende bis Sommer 1946. Nach der Kapitulation hatten die Russen in Deutschland, Ostpreußen und im Baltikum große Gefangenenlager errichtet. Nach anfänglichen Entlassungen wurden die Lager aufgelöst und die Insassen nach dem Osten abtransportiert.

Seit dem Sommer letzten Jahres wurden Entlassungen nur noch als "Heimkehrer-Transporte" über Frankfurt/Oder durchgeführt. Jeder in Frankfurt einlaufende Zug wurde mit östlichem Propaganda-Aufwand bewillkommnet. Aber trotz organisierter Heimkehr sanken die Entlassungsziffern beträchtlich herab. Am 24. Februar meldete der russisch lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst als Gesamtergebnis der planmäßigen Aktion 163.533 rückgeführte Kriegsgefangene und 18.429 Zivilinternierte.

Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmichtsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30.976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen be-

gangener Verbrechen in den USA, 1.175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13.825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1.000 nach Deutschland zurückgeführt.

In der amerikanischen Zone stehen 15.873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8.879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen Zone entlassen werden.

Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435.295. Davon werden monatlich 17.500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20.000 und später weiterhin erhöht werden.

Die Franzosen halten noch 631.483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593.276 in Frankreich, 19.601 in Nordafrika und 18.606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20.000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50.000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.

Von den in Belgien festgehaltenen Kriegsgefangenen sind etwa 40.000 als Bergarbeiter eingesetzt. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, jeden Gefangenen, der hundert Tage im Bergwerk arbeitet und 80 Prozent der Leistung eines belgischen Bergarbeiters fördert, zu entlassen.

Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30.000 deutsche Gefangene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14.600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes.

Nach dem Bericht erhält jeder Gefangene morgens gesüßten Kaffee und 600 g Brot, mittags 1 Liter dicke Suppe und abends ebenfalls 1 Liter Suppe. Schwerarbeiter bekommen zusätzliche Ernährung, der Kalorienwert für die arbeitenden Gefangenen soll täglich 2.800 Kalorien betragen. Um 5 Uhr morgens wird geweckt, von 7 bis 17.30 Uhr gearbeitet, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause. Im Lager wird bis 21 Uhr weitergearbeitet.

Die Zahl der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ist gänzlich ungewiß. Über ihre Lage berichtete einer der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der im Januar den großen Liebesgabentransport für die Kriegsgefangenen nach Jugoslawien mit begleitete.

Die Vertreter des Roten Kreuzes brachten den Zug bis an die jugoslawische Grenze und unterhielten sich nach der Unterzeichnung des Übergabeprotokolls mit vier Vertretern der deutschen Kriegsgefangenen. Die vier Gefangenen wußten zu berichten, daß die Verpflegung von 2.500 Kalorien für die in Arbeit stehenden Gefangenen und 3.300 Kalorien für Kranke im allgemeinen eingehalten würden. Die Verpflegung sei ausreichend.<<

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 22. März 1947 ein Rundschreiben betreffend die Registrierung und Erfassung der deutschen Bevölkerung (x003/370-372): >>Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat im einzelnen die Fragen der Erfassung und der Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung geregelt und ein Verbot für diese Bevölkerung erlassen, willkürlich den Wohnsitz bzw. den vorläufigen ständigen Aufenthaltsort zu verlassen, und es hat schließlich dritte Personen verpflichtet, mit den Verwaltungsbehörden bei der Meldung und Registrierung von Ausländern, unter anderem auch der ehemaligen Staatsangehörigen des Deutschen Reiches deutscher Nationalität, zusammenzuarbeiten. ...

Die Anwendung dieser Vorschriften an Ort und Stelle erfolgt nicht in der richtigen Weise. Obwohl es nämlich innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete noch eine bedeutende Anzahl von Deutschen gibt, treffen die Repatriierungsbehörden bei der Zusammenstellung und Organisation der Transporte auf große Schwierigkeiten, da die Deutschen zwecks Vermeidung

der Repatriierung sich zu verbergen beginnen.

Dies betrifft besonders verschiedene Arbeitsstätten und Haushalte, die den Deutschen, um sich billige Arbeitskräfte zu sichern, nicht selten tätige Hilfe leisten, wenn sie sich der Repatriierung entziehen wollen.

Es ist eine bedauernde Tatsache, daß einzelne gewissenlose Leiter von Ämtern, Institutionen sowie staatlichen und öffentlichen Unternehmen bisher noch kein Verständnis für die Bedeutung aufbringen können, welche der Durchführung der Repatriierungsaktion der Deutschen zukommt, und entgegen den Anordnungen noch in vielen Fällen durch Beschäftigung unter völlig ungerechtfertigten Bedingungen verschiedenen Deutschen Zuflucht gewähren.

Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, unverzüglich die Kontrolle des Personenverkehrs der deutschen Personen zu verstärken.

Zu diesem Zweck sind vor allem mit den lokalen Organen der Öffentlichen Sicherheit und der Truppen des Grenzschutzes häufigere und strengere Kontrollen des Personenverkehrs der deutschen Bevölkerung zu vereinbaren. ...

Daneben ist Wert darauf zu legen, daß die Erfassung der Personen deutscher Nationalität laufend aktualisiert wird, damit sie dem tatsächlichen Stand der Dinge entspricht.

Zu diesem Zweck ordnen die Vorsteher der ländlichen und städtischen Gemeinden an:

1. alle Personen deutscher Nationalität, die bereits nach Deutschland repatriert wurden, aus der Erfassungsliste zu streichen;
2. sie rufen durch Plakatanschläge der Verordnung des Wojewoden zur unverzüglichen Erfüllung der Meldepflicht auf.

Um möglichst alle Personen deutscher Nationalität zu erfassen, empfiehlt das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gleichzeitig, ein Registrierungssystem auf diese Bevölkerung anzuwenden ...

Da es hier um die letzte Etappe der Repatriierung des deutschen Elements aus Polen geht, erwartet das Ministerium von den Wojewoden, daß sie sich persönlich auf das energischste auf allen Gebieten der Verwaltungsarbeit für diese für das neue Polen so bedeutsame Sache einsetzen.<<

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

24.03.1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Torgau wird am 24. März 1947 aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge werden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert.

Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).

26.03.1947

WBZ: Die US-Militärregierung gibt am 26. März 1947 offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).

27.03.1947

WBZ: Der EKD-Rat bittet am 27. März 1947 um Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und um Rückgabe der besetzten Gebiete (x111/297): >>Unser Volk wird sonst in der Enge seines Landes ersticken und sterben müssen. ...<<

28.03.1947

SBZ: In der sowjetischen Zone beginnen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den Uranbergbau.

Berlin: Albert Speer (zu 20jähriger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er als "NS-Reichsminister

für Bewaffnung und Munition" Zwangsarbeiter einsetzen ließ) schreibt am 28. März 1947 in seinem Tagebuch (x028/217): >>Die Deportation von Arbeitskräften ist ohne Zweifel ein internationales Vergehen. Ich lehne das Urteil nicht ab, weil andere Nationen das gleiche tun. ...<<

WBZ: Im Ruhrgebiet finden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.

30.03.1947

Berlin: Während einer Konferenz des FDGB in Berlin werden am 30. März 1947 folgende Forderungen gestellt (x111/298): >>1. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großbanken.

2. Die Durchführung einer demokratischen Bodenreform.

3. Die Sicherung einer entscheidenden Stimme für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Industrie.<<

31.03.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 31. März bis zum 27. April 1947 täglich nur 1.552 Kalorien zugeteilt.

Die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung protestiert am 31. März 1947 gegen die schlechten Lebensverhältnisse (x117/36): >>Die Besatzungsmächte sind keinesfalls von Schuld an den traurigen Verhältnissen freizusprechen. Die oberste Kontrolle über die Heranschaffung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel liegt in ihrer Hand. ...

Wir protestieren gegen zahllose Hemmungen und Einschränkungen, die sich aus der gegenwärtigen Macht- und Zuständigkeitsverteilung ergeben, und fordern ihre sofortige Beseitigung ...<<

Österreich: Bis zum 31. März 1947 hat man 118.574 Sudetendeutsche aus Österreich in die nordamerikanische Besatzungszone "umgesiedelt" (x004/123).

März 1947

SBZ: Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtet im März 1947 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/-108-109): >>... Als ich im März 1947 an Ruhr und einer Nierenbeckenentzündung erkrankte, hatte ich das große Glück, ins Lazarett zu kommen, was ein Ausnahmefall war und nur Schwerstkranken gestattet wurde.

In dieser Krankenbaracke war Ende 1946 Heinrich George verstorben, und ich kam in den Besitz seiner Gedichte, die er während seiner Gefangenschaft geschrieben und im Lazarett im Strohsack versteckt hatte. Heinrich George soll als einziger einen Sarg bekommen haben und auf einem Friedhof begraben worden sein.

Als ich zehn Wochen später in die Baracke 4 zurückkehrte, waren dort inzwischen die Fenster abgekratzt worden, wodurch nun Tageslicht in die Kammern kam und man die kaum zu beschreibende Verwahrlosung zum ersten Mal richtig bemerkte. Es war für mich ein Schock!

Die Baracke war nun tagsüber geöffnet, und die Frauen waren dabei, die Schlafpritschen auseinanderzureißen und die Wanzennester zu vernichten. Es gab sogar einige Kübel Chlor, womit die Bretter getränkt wurden, nur machte der beißende Gestank den Aufenthalt und gar den Schlaf in der Baracke unmöglich.

Im Lazarett hatte ich neben einer 90jährigen gelegen, bis sie dort verstarb. Jüngster Insasse des Lagers war ein 9jähriger Junge, der mit seinem Vater zusammen verhaftet worden war. Beide sind sehr bald verstorben. In einer Männerbaracke lag eine ganze Klasse 10- bis 11jähriger Jungen, von denen drei überlebten. ...<<

WBZ: Der deutsche Schriftsteller Alfred Andersch (1914-1980) berichtet im März 1947 in der Zeitschrift "Der Ruf" über Hamburg (x111/303): >>... Und immer noch liegt Schnee. An manchen Tagen fegt der Eissturm durch die Straßen. Dann wird das Bett zur letzten Zufluchtsstätte, die dem hungernden Magen und dem frierenden Körper Ruhe verschafft. Gear-

beitet wird sowieso nicht.

Seit Monaten liegt Hamburgs Industrie völlig still. Das Hamburger Elektrizitätswerk liefert einmal am Tag, am Abend von 9 bis 11, Strom. Dann flackert auch das Gas auf. Man kocht sich rasch eine Suppe und kriecht ins Bett.

Hin und wieder einmal rollt ein Kohlenzug in die Stadt. Er kommt dann buchstäblich zur Hälfte ausgeraubt an. ...<<

Rumänien: Die rumänische Regierung teilt im Frühjahr 1947 den vorläufigen Abschluß der Bodenreform mit.

Nach den veröffentlichten Zahlen wurden 143.219 Landbesitzer mit insgesamt 1.443.911 ha Grund und Boden enteignet (x007/88E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die wirtschaftliche Lage der Rumänien-Deutschen nach der Bodenreform (x007/85E-91E): >>... Selbst von kommunistischer Seite scheint jedoch eine geschlossene Aussiedlung der Volksdeutschen aus Rumänien, wie sie in der Tschechoslowakei, in den östlichen Reichsgebieten und in Ungarn erfolgt, nie ernsthaft erwogen worden sein.

Schon in den Jahren 1946/47 gelang den Deutschen dann z.T. eine gewisse Konsolidierung auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem aber im kirchlichen Bereich und im Schulwesen.

Der offene Übergang Rumäniens zur kommunistischen Diktatur in der zweiten Jahreshälfte schuf schließlich mit der Ausdehnung der 1944/45 proklamierten Nationalitätenpolitik auf die Deutschen bei gleichzeitiger Inangriffnahme der systematischen Bolschewisierung des Landes völlig neue Voraussetzungen.

Schon das erste, Ende September 1944, veröffentlichte Programm der Nationaldemokratischen Front hatte umfassende Enteignungen und Verstaatlichungen propagiert. Die Weigerung Radescus, die von der FND geforderte Bodenreform unverzüglich durchzuführen, trug wesentlich zu seinem Sturz bei.

Appellierte die Nationalitätenpolitik der rumänischen Kommunisten an die Mitarbeit der nationalen Minderheiten, so sprach auch aus der Bodenreform in erster Linie das Bemühen, die landlose und landarme Dorfbevölkerung für die kommunistische Politik zu gewinnen.

Aus wirtschaftlichen Erwägungen war eine neue Agrarreform, nachdem der eigentliche Großgrundbesitz mit wenigen Ausnahmen schon durch die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Reformen beseitigt worden war, zweifellos nicht zu rechtfertigen. Das Ergebnis der Bodenreform von 1945 war neben einer katastrophalen Schwächung der rumänischen Landwirtschaft vor allem die Zerstörung der wirtschaftlichen Fundamente des rumänisch-deutschen Bauerntums.

Die gesetzliche Grundlage der neuen Bodenreform bildete das Dekret Nr. 187 vom 23. März 1945, das durch das Durchführungsreglement Nr. 4 vom 11. April 1945 ergänzt wurde. Entschädigungslos enteignet wurden nach Art. 3 des Reformgesetzes:

a) "die Bodenflächen und landwirtschaftlichen Besitztümer jeder Art, die deutschen Staatsangehörigen sowie rumänischen Staatsangehörigen physischen und juristischen Personen, deutscher Nationalität (Volksabstammung) angehören, die mit Hitler-Deutschland zusammengearbeitet haben;

b) die Bodenflächen und sonstigen landwirtschaftlichen Besitztümer der Kriegsverbrecher und der für das Unglück des Landes Verantwortlichen;

c) die Bodenflächen derjenigen, die in Länder geflohen sind, mit denen Rumänien sich im Kriegszustand befindet oder die nach dem 23. August 1944 ins Ausland geflüchtet sind.

Erst an achter Stelle erwähnt das Gesetz den Großgrundbesitz, soweit er 50 ha überschreitet.

Nach der Definition der Durchführungsverordnung fielen unter Art. 3, a): "rumänische Staatsbürger, die Angehörige der deutschen Waffen-SS waren, mit ihren Familienangehörigen in auf- und absteigender Linie; rumänische Staatsbürger, die mit der deutschen und ungarischen

Armee abgezogen sind;

und schließlich rumänische Staatsbürger deutscher Nationalität (Abstammung), die der deutschen Volksgruppe angehört haben, sowie allen diejenigen, die hitleristische Propaganda betrieben haben, indem sie gegen die demokratischen Grundsätze gekämpft haben oder in irgendeiner Weise zur Unterstützung des hitleristischen Deutschland beigetragen haben, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem oder sportlichem Gebiet".

Da durch das Volksgruppen-Dekret der rumänischen Regierung von 20. November 1940 alle rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit zu Mitgliedern der Deutschen Volksgruppe in Rumänien erklärt worden waren, bedeutete dies faktisch die vollständige Enteignung der volksdeutschen Bauern, unabhängig von der Größe ihres Besitzes.

Ausgenommen waren lediglich die wenigen, die nachweisen konnten, daß sie aus der Volksgruppe ausgetreten waren oder dort ihren Beitrag nicht gezahlt hatten; gelegentlich wurden dabei Gutachten deutscher Antifaschisten herangezogen. Verschont blieben ferner diejenigen Volksdeutschen, die noch nach dem 23. August 1944 in den gegen Deutschland eingesetzten rumänischen Einheiten gekämpft hatten. Auch ihre Zahl war gering, wobei die Berücksichtigung ihrer Ansprüche überdies in der Hand der örtlichen Ausschüsse lag. ...

Das Agrarreformgesetz wurde mit seiner Verkündung wirksam, doch setzte die tatsächliche Enteignung im allgemeinen erst im Herbst 1945 ein, da die Ernte laut Gesetz noch von den alten Besitzern eingebracht werden sollte. ...

Die gesamte Enteignungsprozedur vollzog sich nur selten in den geordneten Formen, die das Gesetz vorsah. Die örtlichen Ausschüsse, die sich aus Kleinbauern, rumänischen Landarbeitern und Zigeunern zusammensetzten, gaben durch persönliche Bereicherungen und Cliquenwirtschaft vielfach Anlaß zu Beschwerden, so daß ihre Zusammenarbeit häufig wechselte. Zunächst wurden den Deutschen im allgemeinen Vieh und Geräte abgenommen.

Dann wurde die Aufteilung des Bodens und der Gebäude auf die neuen Besitzer vorgenommen, soweit sich diese nicht schon vorher auf eigene Faust in den ihnen genehmen Höfen eingemischt hatten. Das Gesetz überließ die Größe der zu vergebenden Parzellen den örtlichen Ausschüssen, wobei jedoch die Gesamtgröße der neuen Anwesen 5 ha nicht überschreiten durfte.

In Siebenbürgen waren die "Kolonisten" vor allem Rumänen aus ärmeren Nachbargemeinden, "Motzen" aus den Gebirgsdörfern und Zigeuner. Die ortsansässigen rumänischen Bauern beteiligten sich nur zum kleinen Teil an den Enteignungen.

In den rein deutschen Siedlungsgebieten des Banats gab es im allgemeinen nur wenige Rumänen, Serben und Bulgaren, die für eine Landzuteilung in Frage kamen, so daß man hier in stärkerem Maße Kolonisten aus dem Altreich heranzuführen mußte; in großer Zahl waren es rumänische Flüchtlinge, die im Verlauf der Kriegshandlungen aus Bessarabien, der Bukowina und der nördlichen Moldau ins Altreich gekommen waren, an den Landzuweisungen beteiligt. Ein Teil der nicht an geordnete Arbeit gewöhnten Neubauern kehrte schon nach kurzer Zeit in ihre Heimatgemeinden zurück, so daß größere Landflächen brach lagen.

Nach den im Frühjahr 1947 nach dem vorläufigen Abschluß der Bodenreform veröffentlichten Zahlen wurden 143.219 Landbesitzern insgesamt 1,45 Millionen ha Grund und Boden enteignet. Nur 114.000 ha wurden angeblich aus der Enteignung von Großgrundbesitz über 50 ha gewonnen, während die Enteignung der deutschen Klein- und Mittelbauern 536.000 ha ergab.

...

Rund 1,1 Millionen ha Land wurden an mehr als 900.000 Bauernfamilien aufgeteilt, von denen fast die Hälfte vorher kein eigenes Land hatte. 350.000 ha verblieben als Staatsreserve, aus der später Staatsgüter (Staatsfarmen) gebildet wurden. ...

Die schon im Sommer 1945 auftretende, im Jahre 1946 wiederholte Dürre verstärkte die negativen Auswirkungen der Agrarreform, so daß es besonders im Jahre 1946 zu einer schweren

Krise in der rumänischen Landwirtschaft, zu regelrechten Hungersnöten, vor allem in der Moldau, kam.

Die Volksdeutschen hatten ihr Ackerland, ihr Vieh und ihre Gerätschaften bis zum Jahresende 1945 fast ausnahmslos verloren. Geblieben waren ihnen zum Teil die Weinberge, da sie von den Kolonisten nicht bewirtschaftet werden konnten. In manchen Dörfern hatte man die deutschen Bauern kurzerhand auch aus ihren Häusern verdrängt und in die am Ortsrand gelegenen Zigeunerhütten umgesiedelt; zum Teil wurden ihnen einzelne Höfe oder auch die Schule als Gemeinschaftswohnungen angewiesen. ...

Oft waren die unerfahrenen und vielfach arbeitsscheuen Neubauern froh, wenn sie den Rat und die Hilfe der Deutschen in Anspruch nehmen konnten. Mancher volksdeutsche Bauer konnte einen Teil seines Bodens gegen Ablieferung des halben Ertrages selbst bestellen; sogar Teile der Staatsreserve wurden vorübergehend an Deutsche verpachtet. ...

Das Fehlen der arbeitsfähigen Männer machte sich in vielen Familien erschwerend bemerkbar. Besonders die Jahre 1946/47 waren vielfach Hungerjahre. ...

Für den weiteren Bestand des rumänischen Deutschtums war es von Gewicht, daß die Bodenreform nicht nur die selbständige Lebensgrundlage der zu einem großen Teil bäuerlichen Sachsen und Schwaben vernichtet, sondern zugleich auch die Geschlossenheit der deutschen Bauerndörfer durch die Hinzuführung ortsfremder Kolonisten gesprengt hatte.

Nach der im ersten Anlauf verwirklichten Bodenreform zwang die verschärfte innenpolitische Auseinandersetzung die kommunistische Regierung, auf weitere Reformmaßnahmen zunächst zu verzichten. So konnte sich - von willkürlichen, örtlichen Übergriffen abgesehen - der deutsche Anteil am Wirtschaftsleben der Städte sehr viel länger behaupten. Deutsche Handwerksbetriebe, Geschäfte, ja selbst Fabriken arbeiteten z.T. ungestört weiter, um erst 1948 von der allgemeinen Bolschewisierung des rumänischen Wirtschaftslebens erfaßt zu werden. ...<<

Frankreich: Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen ist, vereinbarten Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt.

Dieser Pakt verpflichtet die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).

01.04.1947

WBZ: Die Zeitschrift "Der Ruf" wird am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.

Walter Müller-Bringmann berichtet am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... Der Hunger grassiert in Westdeutschland. Schwerarbeiter verloren im Laufe eines Monats 3,64 kg Körpergewicht. Die offene Tuberkulose greift immer mehr um sich. Menschen fallen vor Hunger auf der Straße um, alte Leute kommen, wenn ein Bett frei sein sollte, in die Krankenhäuser und sterben, sterben, sterben. Nicht an Altersschwäche, sondern an Hunger.

Die Gefahr ist groß, daß sich junge Menschen in solch einer Situation dazu verleiten lassen, lieber bei Schiebergeschäften mitzumachen, als bei ordentlicher, schlechtbezahlter Arbeit zu darben.

1. April 1947. Es kommen immer wieder ehemalige Soldaten im Lager an. Heimkehrer aus Frankreich, England, Jugoslawien und Rußland. Sie alle müssen durch das Lager, um ihren Entlassungsschein in Empfang zu nehmen, ohne den sie nicht wieder richtige Zivilisten werden. ...

Über viele ehemalige Soldaten, die möglicherweise in russische Gefangenschaft geraten sein könnten, herrscht noch völlige Unklarheit. Viele Heimkehrer berichten von hohen Sterbeziffern, besonders während der Kriegshandlungen, da diese es kaum ermöglichten, geordnete Lager anzulegen. ...<<

CSR: In der Zeitung "Vestnik" wird am 1. April 1947 mitgeteilt, daß man bisher nur 10 % des jüdischen Vorkriegsbesitzes zurückgegeben hat (x004/102).

02.04.1947

Polen: Rudolf Hoëß, ehemaliger Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz, wird am 2. April 1947 durch ein polnisches Gericht zum Tod verurteilt.

05.04.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 5. April 1947 in ihrem Tagebuch über die ergebnislose Moskauer Außenministerkonferenz (x111/304): >>Nichts! Und abermals nichts.

Weder den Frieden noch die Revidierung der Ostgrenze, weder die Aufhebung der Zonenschranken noch eine gemeinsame Währungsregelung.

Offenbar haben sie sich dort nur zusammengesetzt, um der Welt vorzuführen, wie man am kunstfertigsten aneinander vorbeireden kann. ...<<

08.04.1947

WBZ: Der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) fordert am 8. April 1947 die Klärung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >>Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.

Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.

Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<

09.04.1947

WBZ: Der US-Generalstab berichtet am 9. April 1947 in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.

Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<

Die Zeitung "Kieler Nachrichten" berichtet am 9. April 1947 über den Kohlendiebstahl in Hamburg (x299/137): >>... Fast 9.000 Kohlendiebe wurden im März durch die Bahnpolizei Hamburg festgestellt.<<

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz bestätigt der sowjetische Außenminister Molotow am 9. April 1947 die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens (x111/305).

10.04.1947

Polen: Der Minister für Justiz beschließt am 10. April 1947 eine Verordnung über das Verfahren des Ausschlusses von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/373-376): >> ... § 6. Zur Stellung eines Antrags auf Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft, auf Aussiedlung aus dem Staatsgebiet und Einziehung des Vermögens sind die Kreis-, Stadt- und Wojewodschaftsämter für öffentliche Sicherheit zuständig. ...

§ 11. 1. Die Anordnungen und Entscheidungen über die Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens einer Person, der die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, werden von den im Dekret - vom 8. März 1946 über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen – vorgesehenen Bezirks-Liquidationsämtern ausgeführt, welche für die Orte zuständig sind, in denen sich das zu beschlagnahmende oder einzuziehende Vermögen befindet. ...

§ 12. 1. Auf die Einziehung finden die Vorschriften des Dekrets über das verlassene und ehe-

mals deutsche Vermögen entsprechend Anwendung.

2. Ausgenommen von der Beschlagnahme und Entziehung sind notwendige Gegenstände des persönlichen Gebrauchs.

3. Die allgemeine Verwaltungsbehörde (der) I. Instanz ordnet die Beschlagnahme des von der Einziehung bedrohten Vermögens von Amts wegen oder auf Antrag an.

4. Die Beschlagnahme kann schon während der Ermittlung auf Antrag eines Organs der Öffentlichen Sicherheit erfolgen, das in diesem Antrag die Umstände, welche die Entziehung der Staatsbürgerschaft begründen, darlegen und die Befürchtungen eines Verlustes des Vermögens wahrscheinlich machen muß. ...

§ 15. Im Urteil müssen ausführlich alle Umstände, welche die Entziehung der Staatsbürgerschaft begründen, sowie die Entscheidung über die minderjährigen Kinder und den Ehegatten der Person, die die Staatsbürgerschaft aberkannt wird, sowie über ihr Vermögen aufgeführt sein. ...

§ 21. Von der Rechtskraft der die Entziehung der Staatsbürgerschaft und die Aussiedlung aus dem Staatsgebiet aussprechenden Entscheidung ist das Amt für Öffentliche Sicherheit zu benachrichtigen, das den Antrag gestellt hat.

§ 22. Die Entscheidung über die Aussiedlung aus dem Staatsgebiet führen die Organe der Öffentlichen Sicherheit auf Anordnung der allgemeinen Verwaltungsbehörde (der) I. Instanz oder des Staatsanwalts aus. Die Aussiedlung erfolgt durch zwangsweise Beförderung bis zur Staatsgrenze.

§ 23. Die Organe der Öffentlichen Sicherheit, die die Aussiedlung durchführen, können die Person, der die polnische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, bis zum Zeitpunkt der Aussiedlung internieren.

§ 24. Die ausgesiedelten Personen sind berechtigt, die für den persönlichen Gebrauch notwendigen Gegenstände sowie Verpflegung für die Zeit der Reise mitzunehmen. ...<<

UdSSR: Der französische Außenminister Bidault fordert am 10. April 1947 während der Moskauer Konferenz nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).

11.04.1947

UdSSR: Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnt der sowjetische Außenminister Molotow am 11. April 1947 wieder die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/306).

15.04.1947

WBZ: Die Zeitschrift "Der Ruf" veröffentlicht am 15. April 1947 das "Bekenntnis eines jungen Deutschen – Jahrgang 1916" (x299/139): >>Ich liebe mein Volk mehr denn je jetzt in der Stunde der Not. Ich liebe es mit allen seinen Schwächen und Größen.

Seine Männer, Frauen und Kinder habe ich im Grauen der Bombennächte und Schlachten, in Hunger, Elend und Wehrlosigkeit als Helden leiden und kämpfen sehen.

Andere des gleichen Volkes habe ich als Größenwahnsinnige, Rohlinge, Charakterlose und Dummköpfe kennengelernt.

Ich weiß viel von meinem Volk. Es ist nicht schlechter und nicht besser als andere Völker. Es hat die dunkelsten Stunden seiner Geschichte hinter sich gebracht, die der Despotie und Grausamkeit. ...

Ich bekenne mich zur Sühne, die ich mit meinem Volk für unser alle Schuld tragen will. ...

Ich halte den Nationalismus für die gefährlichste Kraft jener überlebten Vergangenheit. ...

Ich bin ein scharfer Gegner des Krieges. ...

Ich erstrebe ... die Demokratie. ...

Wichtigste Neuerung muß ... sein, die Zivilcourage zur ersten Tugend zu erheben, eine Tugend die dem Deutschen, dessen gehorsame Tapferkeit als Soldat in der Welt berühmt ist, am

meisten fehlt.

Ich glaube mit meinem Herzen und meinem Verstand an die Größe und Wahrheit des humanitären Gedankens. Ich habe soviel Schlechtes und Schreckliches gesehen, daß ich weiß, daß die Menschheit an einem Scheideweg steht. ...<<

CSR: Der ehemalige slowakische Präsident Tiso wird am 15. April 1947 zum Tod verurteilt und 3 Tage später hingerichtet (x005/733).

16.04.1947

Polen: Rudolf Hoeß (1900 in Baden geboren) wird am 16. April 1947 im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz gehängt.

Hoeß (bereits 1923 wegen Mordes vorbestraft) war von 1940-43 Lagerkommandant des Vernichtungslagers Auschwitz.

18.04.1947

WBZ: Die Briten sprengen am 18. April 1947 rund 6.000 t Munition, um die Insel Helgoland vollständig zu zerstören (x111/307).

19.04.1947

WBZ: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtet am 19. April 1947 über die Wiederverwendung von zerstörten Werten (x116/171): >>... Neue Verfahren machen es möglich, die durch Brand, Rost und Sturzwirkung völlig verklumpten, restlos zerstört erscheinenden Maschinen und Metallteile wieder zu neuem Leben und wirklicher Leistungsfähigkeit zu erwecken. ... Ein völlig verbeulter Minimax (Feuerlöscher) und der angeknackte und völlig zerfressen aussehende Kühlschrank werden nach der Verjüngungskur fast neuwertig.<<

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisiert am 19. April 1947 in einem Leitartikel die "historische Ausstellung" der Polen, in der man die polnischen Westgebiete als "urpolnische Gebiete" darstellt (x028/187): >>Die Ausstellung über Polens Westgrenze, die in der Abteilung für slawische Studien stattfindet und von einem Mitglied des Abteilungsvorstands eröffnet wurde, gehört zu einem offiziellen polnischen Unterfangen, die schlichte Tatsache zu leugnen, daß die Oder-Neiße-Linie Polen nur als Entschädigung für die sowjetischen Annexionen der östlichen Provinzen eingeräumt wurde, und um völlig unhaltbare ethnische Behauptungen durchzupauken. ...<<

21.04.1947

WBZ: Die Besatzungsmächte unterzeichnen am 21. April 1947 ein Abkommen über die deutsche Kohlenproduktion (x111/308): >>... Sobald die deutsche Produktion 280.000 t täglich erreicht, werden 21 % davon für den Export verwendet.

Frankreich ist eines der Länder, das von vornherein Anspruch auf einen Teil der deutschen Ausfuhren hat.<<

22.04.1947

WBZ: Die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe der bayerischen Kirchenprovinzen rufen am 22. April 1947 zur Bewahrung der "gottgegebenen Menschenrechte" auf (x026/83-84):

>>... Haltet die natürlichen und göttlichen Rechte der Menschen heilig, denn ohne sie seid ihr alle rechtlos, alle jenen ausgeliefert, welche die Macht haben, ihren Willen durchzusetzen, ganz gleich ob er dem Willen Gottes entspricht und mit der Menschenwürde in Einklang zu bringen ist oder nicht! ...

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen.

Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderbewegungen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher

Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln.

Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen."<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über diesen Aufruf der bayerischen Bischöfe vom 22. April 1947 "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen" (x853/...): >>... "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.

Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen." ...<<

24.04.1947

UdSSR: Die Moskauer Viererkonferenz (10.03.-24.04.1947) scheitert am 24. April 1947, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollen (x009/405-406).

Im Abschlußkommuniqué der Moskauer Außenministerkonferenz wird am 24. April 1947 festgestellt, daß in den USA noch 30.976 deutsche Kriegsgefangene, in Großbritannien 430.000, in Frankreich 631.483 und in der Sowjetunion 890.532 interniert sind. Alle Kriegsgefangenen sollen bis spätestens 31. Dezember 1948 entlassen werden (x111/309).

Belgien: Die Interalliierte Reparationskonferenz legt am 24. April 1947 in Brüssel die jeweiligen Länderanteile an den westdeutschen Reparationslieferungen fest (x111/309-310):

>>Albanien = 0,4 %,

Belgien = 3,6 %,

Tschechoslowakei = 3,65 %,

Frankreich = 19,4 %,

Indien = 2,45 %,

Niederlande = 4,75 %,

Norwegen = 1,6 %,

Großbritannien = 27,78 %,

Jugoslawien = 8,1 %,

Australien = 0,8 %,

Kanada = 2,5 %,

Dänemark = 0,3 %,

Ägypten = 0,1 %,

Griechenland = 3,5 %,

Luxemburg = 0,27 %,

Neuseeland = 0,5 %,

Südafrika = 0,4 %,

USA = 19,9 %.<<

29.04.1947

USA: Außenminister George Marshall kritisiert am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<